

Kurzbericht

öffentlicher Teil

31. Sitzung – Innenausschuss

17. September 2025 – 14:00 bis 16:07 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Thomas Hering (CDU)

CDU

Alexander Bauer
Holger Bellino
Hans Christian Göttlicher
Andreas Hofmeister
Marie-Sophie Künkel
Stefan Schneider
Uwe Serke
Frank Steinraths

AfD

Pascal Schleich
Bernd Erich Vohl
Sandra Weegels

SPD

Lisa Gnadt
Rüdiger Holschuh
Cirsten Kunz-Strueder
Sebastian Sack

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vanessa Gronemann
Lara Klaes
Torsten Leveringhaus
Christoph Sippel

Freie Demokraten

Moritz Promny

fraktionslos

Dirk Gaw

Weitere Anwesende:

Minister Prof. Dr. Roman Poseck, Staatssekretär Martin Rößler, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsleitung vor.



(Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung: 14:13 Uhr)

(Vorsitzender Abgeordneter Thomas Hering übernimmt die Sitzungsleitung.)

7. Berichtsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen des
Abschlussberichts zum Untersuchungsausschuss 20/1**

– Drucks. [21/2332](#) –

hierzu:

Schreiben des HMdI vom 08.08.2025

– Ausschussvorlage INA 21/19 –

(eingegangen und verteilt am 19.08.2025)

Abgeordnete **Vanessa Gronemann** führt aus, der Mord an Dr. Walter Lübcke habe schmerzlich vor Augen geführt, welch massive Bedrohung vom Rechtsextremismus ausgehe. Insofern sei sie dem Untersuchungsausschuss 20/1 dankbar für die Erstellung von Handlungsempfehlungen, die auf Verbesserungen abzielten.

Zudem herrsche sicherlich Einigkeit, dass Polizei und Verfassungsschutz sich selbst fragen müssten, ob das eigene Handeln ausreichend sei und ob die Zielrichtung richtig sei. Entscheidend sei also eine Selbstreflexion insbesondere hinsichtlich der Frage der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Mit Blick auf die Antwort auf Frage 1 des vorliegenden Berichtsantrags bitte sie um Auskunft, unter Zugrundelegung welcher Kriterien Hospitationen bzw. Abordnungen von Polizeibeamten zum LfV stattfinden. Ferner frage sie nach dem aktuellen Stand der Stellenbesetzung beim LfV. Außerdem bitte sie mitzuteilen, wie viele Ausbildungsplätze bei der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung für Anwärter des LfV vorgesehen seien.

Minister Prof. **Dr. Roman Poseck** weist darauf hin, das LfV sei in den vergangenen Jahren personell deutlich verstärkt worden. Aus Sicherheitsgründen bzw. aus Gründen des Geheimschutzes könne er keine Angaben zum aktuellen Stand der Stellenbesetzung machen.

Zwischen Polizei und Verfassungsschutz finde ein regelmäßiger inhaltlicher Austausch statt, so weit ein Informationsaustausch rechtlich zulässig sei. Die Sicherheitsbehörden tauschten sich auch gemeinsam mit ihm über wichtige Angelegenheiten aus. Dabei spiele die Bekämpfung des Rechtsextremismus als größte Bedrohung für die Demokratie, aber auch als massive Bedrohung für die Sicherheit eine große Rolle. Zudem finde ein personeller Austausch statt, der die Zusammenarbeit insgesamt erleichtere.

Vizepräsidentin **Delia Dunkel** fügt hinzu, der Austausch mit der Wissenschaft fließe in die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter des LfV ein. In diesem Zusammenhang verweise sie auf einen Vortrag von Dr. Kai Denker von der Technischen Universität Darmstadt im Oktober 2024 sowie einen Vortrag von Dr. Nicolai Busch von der Universität Mannheim im Jahr 2025 zu den Themen Memes, Ideen, Strategien rechtsextremistischer Internetkommunikation sowie rechtsextremistischer Chiffren in literarischen Werken der Neuzeit. Dieser Austausch sei aus der Sicht der Wissenschaft effektiv gewesen und habe zudem Erkenntnisse für das LfV geliefert.

Ein **Vertreter des LfV** ergänzt, ein Austausch mit der Wissenschaft werde ferner ermöglicht durch die Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (PAAF). Hierdurch werde einerseits ein Input für das LfV sichergestellt. Andererseits fänden so Vorträge des LfV in Universitäten statt. Insofern habe sich in den vergangenen Jahren ein sehr guter Austausch mit den Universitäten entwickelt.

Ferner leiste das LfV durch Vorträge an der HöMS einen Input für die Polizeiausbildung. Außerdem werde ein Wahlpflichtmodul zum Thema Extremismus am Standort Kassel der HöMS angeboten. Dieser Ansatz werde künftig möglicherweise auch an anderen Standorten verfolgt.

Vizepräsidentin **Delia Dunkel** macht darauf aufmerksam, abgeordnete Polizeibeamte kämen in unterschiedlichen Fachbereichen des LfV zum Einsatz. Nähere Angaben zu den Einsätzen könne sie in öffentlicher Sitzung nicht machen. Der Austausch sei als sehr gut zu bezeichnen.

Polizei und Verfassungsschutz arbeiteten in vielen Bereichen zusammen, aber stets unter Beachtung des Trennungsgebots. Das wohl bekannteste Austauschformat sei das Hessische Extremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrum (HETAZ).

LPP **Felix Paschek** teilt mit, Abordnungen von Polizeibeamten an das LfV umfassten den gehobenen und den höheren Dienst und seien in der Regel auf fünf Jahre angelegt. In dieser Zeit agierten die Beamten als Mitarbeiter des LfV und verfügten über keine Polizeibeamteneigenschaft. Dieser Austausch verbessere das wechselseitige Verständnis für die unterschiedlichen Perspektiven und Bedarfe.

Abgeordnete **Vanessa Gronemann** weist darauf hin, aus der Antwort auf den Berichtsantrag gehe hervor, von 2020 bis 2024 habe das LfV an der HöMS ein eigens Wahlpflichtmodul zum Thema Extremismus durchgeführt. Sie bitte mitzuteilen, ob dieses Wahlpflichtmodul mittlerweile von Dozenten der HöMS angeboten werde. Darüber hinaus frage sie nach der Nachfrage nach diesem Modul.

Vizepräsidentin **Delia Dunkel** legt dar, Hintergrund sei eine Ruhestandversetzung Ende des Jahres 2024. Derzeit werde mit dem Nachfolger daran gearbeitet, dieses Modul in modernisierter Form und eventuell an einem anderen Standort wieder ins Leben zu rufen.

für dieses Wahlpflichtmodul.

Abgeordnete **Lisa Gnadl** führt aus, sie danke der Kasseler Initiative NACHGEFRAGT für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung e. V., die einen Beitrag geleistet habe zur heutigen Debatte und zum Berichtsantrag.

Der Mord an Dr. Walter Lübcke sei ein großer Einschnitt für alle Politiker in Hessen und darüber hinaus und zudem eine Mahnung, nicht nachzulassen im Kampf gegen Rechtsextremismus. Ferner sei der Mord an Dr. Walter Lübcke ein Angriff auf die Demokratie und auf die freiheitliche Gesellschaft gewesen. Selbstverständlich könne rückwirkend gesagt werden, dass es Fehleinschätzungen gegeben habe. Keine Sicherheitsbehörde sei frei davon. Die Bedrohungssituation, die von Stephan Ernst ausgegangen sei, sei falsch eingeschätzt worden. Deshalb sei ein Untersuchungsausschuss eingerichtet worden, der Handlungsempfehlungen erarbeitet habe.

Nach wie vor gehe die größte Gefahr für die Demokratie vom Rechtsextremismus aus. Dies habe Minister Prof. Dr. Roman Poseck sowohl in der Pressekonferenz zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2024 als auch in der Plenarredebatte in der vergangenen Woche deutlich gemacht. Insofern gelte den hessischen Sicherheitsbehörden großer Dank für ihre Arbeit, der die Parlamentarier eine hohe Priorität einräumten.

Neben der Arbeit der Sicherheitsbehörden seien ein großes zivilgesellschaftliches Engagement, eine starke Präventionsarbeit und eine starke politische Bildung an Schulen erforderlich. Insofern sei es von großer Bedeutung, dass das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ fortgesetzt worden sei und das Sofortprogramm „11+1 für Hessen“ die Stärkung der Demokratieforschung als einen Baustein umfasse. Notwendig seien auch wissenschaftliche Erkenntnisse, um widerstandsfähiger gegen Extremismus zu werden. In diesem Zusammenhang frage sie nach Planungen zu einem Demokratiefördergesetz in Hessen.

Abgeordnete **Vanessa Gronemann** erinnert daran, im Koalitionsvertrags sei das Ziel formuliert, einen umfangreichen Aktionsplan gegen alle Formen des Extremismus zu entwickeln, und fragt nach dem Stand der Dinge in diesem Kontext.

Abgeordneter **Moritz Promny** legt dar, der Mord an Dr. Walter Lübcke und auch der Mord an Heinz-Herbert Karry hätten verdeutlicht, wie massiv eine Demokratie unter Druck stehe, wenn Extremisten Demokraten ermordeten. Insofern sei die Resilienz einer Gesellschaft entscheidend.

Vor diesem Hintergrund begrüße er, dass der Verfassungsschutz in jüngster Vergangenheit gestärkt worden sei, dass bei Hass und Hetze genauer hingeschaut werde und dass die Präventionsarbeit durch die Zusammenarbeit mit den Hochschulen vorangetrieben werde. Letztlich dürfe kein Mensch aufgegeben werden, sondern es müsse immer wieder versucht werden, Extremisten in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen.

Dem vorliegenden Bericht sei zu entnehmen, die personelle Ausstattung im Bereich der Hasskriminalität sei erheblich aufgestockt worden. In diesem Zusammenhang bitte er darzulegen, ob und inwieweit die Landesregierung im Gespräch sei, um für eine Sensibilisierung mit Blick auf techni-

sche Interventionen zu sorgen.

Minister Prof. Dr. Roman Poseck hebt hervor, die Bekämpfung des Rechtsextremismus sei eine vorrangige Aufgabe. Die Übergänge vom Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus bis hin zum Rechtsterrorismus seien fließend.

Die Zahl rechtsextrem motivierter Straftaten habe in Hessen und auch in anderen Bundesländern deutlich zugenommen. Ferner sei die Zahl rechtsextremer Gewalttaten deutlich größer als die Zahl der Gewalttaten in anderen Phänomenbereichen. Gleichwohl dürften andere Phänomenbereiche nicht außer Acht gelassen werden. Letztlich müssten alle Formen des Extremismus bekämpft werden. Hierzu erforderlich seien gut aufgestellte Sicherheitsbehörden. Dazu zählten beispielsweise das Frühwarnsystem Verfassungsschutz und die BAO Hessen R.

Ein wichtiger Baustein der Extremismusbekämpfung sei die Prävention. Insofern sei er froh, dass das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ in diesem Jahr in eine weitere Förderperiode gegangen sei und dabei neue Akzente gesetzt worden seien. Dieses Programm habe auch im Ländervergleich Vorbildcharakter.

In die Extremismusprävention seien auch Schulen, Elternhäuser usw. einzubeziehen. Letztlich komme es auf jeden einzelnen an.

Auch ein Demokratiefördergesetz könne einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten. Die Koalitionsfraktionen beabsichtigten, ein solches Gesetz zu schaffen.

Unter Federführung der Staatskanzlei sei ein Kabinettsausschuss zur Demokratieförderung eingerichtet worden, dem verschiedene Staatssekretäre, unter anderem Staatssekretär Martin Rößler, angehörten. Dieser ressortübergreifende Kabinettsausschuss werde sich auch mit einem Demokratiefördergesetz befassen.

Mit Blick auf die Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet merke er an, die sozialen Medien seien Fluch und Segen gleichermaßen. Reglementierungen in diesem Bereich seien schwierig, zumal die Meinungsfreiheit zu schützen sei. Auch Meinungen, die man für falsch oder abwegig halte, müsse man zulassen. Allerdings müssten Grenzen gesetzt werden, wenn die Demokratie in Gefahr gerate, insbesondere bei bewusster Desinformation mit dem Ziel der Destabilisierung.

Aus der Sicht der Meldestelle HessenGegenHetze wäre eine Speicherung von IT-Adressen hilfreich, um Täter ermitteln zu können.

LPP **Felix Paschek** fügt hinzu, das Hate Intelligence Portal unterstütze dabei, mit der Fülle an Meldungen sachgerecht umzugehen.

Abgeordnete **Vanessa Gronemann** bittet darzulegen, ob in dem soeben erwähnten Kabinettsausschuss auch die Gründung einer Stiftung erörtert werde und wie sich diese zu einem Demokratiefördergesetz verhalte.

Darüber hinaus weise sie darauf hin, in der nordhessischen rechtsextremistischen Szene zeigten sich immer wieder Überschneidungen mit Thüringen, Niedersachsen usw. Die Teilnahme von Stephan Ernst an einer Sonnenwendfeier sei nicht erkannt worden, weil der Informationsfluss zwischen den Verfassungsschutzbehörden „nicht so gut“ gewesen sei. Deshalb bitte sie um Auskunft, wie die Zusammenarbeit mit anderen Verfassungsschutzbehörden heute ausgestaltet sei.

Minister Prof. **Dr. Roman Poseck** führt aus, nach seinem Dafürhalten sei der Austausch gut und vor allen Dingen weiter verbessert worden, zumal einige Fälle deutlich gemacht hätten, dass ein ausgeprägter länderübergreifender Informationsaustausch erforderlich sei.

Nach seinem Kenntnisstand habe der Kabinettsausschuss bisher nicht über eine Stiftung beraten.

Vizepräsidentin **Delia Dunkel** teilt mit, auch durch die Amtsleitertagung werde ein stetiger Austausch sowie eine Diskussion darüber sichergestellt, an welcher Stelle Nachsteuerungsbedarf bestehe. Zusammenarbeit finde auf allen Ebenen statt.

Ein **Vertreter des LfV** ergänzt, aus seiner Sicht gestalte sich die Zusammenarbeit im Verfassungsschutzverbund sehr vertrauensvoll, eng und fortlaufend intensiv. Der Verfassungsschutzverbund sei stetig bestrebt, den Informationsfluss weiter zu verbessern. Dabei kämen zum Teil innovative Lösungen zum Einsatz, um schneller und linearer kommunizieren zu können.

Grundsätzlich orientierten sich Extremisten nicht an Länderzuständigkeitsgrenzen. Insofern würden sehr viele Sachverhalte über Ländergrenzen hinweg bearbeitet.

Minister Prof. **Dr. Roman Poseck** legt dar, er bedanke sich für das Engagement der Kasseler Initiative NACHGEFRAGT für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung e. V. sowie die Fragen dieser Initiative, die seitens des Innenministeriums mit Schreiben vom 11. August 2025 beantwortet worden seien. Da die Fragen in einem offenen Brief formuliert worden seien, gehe er davon aus, dass diese allgemein bekannt seien. Das Antwortschreiben des Ministeriums stelle er dem Ausschuss gerne zur Verfügung. In diesem Schreiben sei die Frage nach einer Landesstiftung mit dem Verweis auf die Landeszentrale für politische Bildung und die Landesstiftung „Mit-

einander in Hessen“ beantwortet worden.

LPP **Felix Paschek** fügt hinzu, auch beim Austausch der Länderpolizeien im Bereich des Staats-schutzes seien deutliche Verbesserungen erzielt worden. In diesem Zusammenhang erwähne er das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum. Ferner stelle eine Vielzahl von Verbunddateien sicher, dass relevante personenbezogene Erkenntnisse auch über Ländergrenzen hinweg ausgetauscht würden. Zudem habe sich der Austausch mit dem LfV im Rahmen des rechtlich Zulässigen exorbitant verbessert.

Abgeordneter **Holger Bellino** führt aus, der Mord an Dr. Walter Lübcke sei ein großer Einschnitt gewesen für alle Demokraten und für die CDU im Besonderen. Insofern sei es richtig gewesen, dieses schreckliche Ereignis zum Anlass zu nehmen, um zu überprüfen, in welchen Bereichen Verbesserungen geboten seien. Dies sei eine immerwährende Aufgabe mit Blick auf Informations-, Schulungs- und Präventionsangebote. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, dass auch Verfassungsschutzbehörden in sozialen Medien präsent seien, um die manch einer lieber einen Bogen gemacht hätte. Die sozialen Medien könnten nicht weggehofft oder weggebettet werden. Auf diesem Kanal sollten Warnhinweise gesendet und – sofern rechtlich möglich – Stopp-schilder aufgebaut werden. Auch das gehöre aus seiner Sicht zum Thema Prävention.

Die Stärkung des LfV sei bereits allseits begrüßt worden.

Im Rahmen der Vernehmungen des Untersuchungsausschusses 20/1 sei seitens der Staatsan-waltschaft betont worden, der Mord an Dr. Walter Lübcke hätte nicht verhindert werden können; es sei denn, man lebe in einer George-Orwell-Welt. Diese Aussage führe aus seiner Sicht sehr eindrucksvoll vor Augen, in welchem Spannungsfeld sich Sicherheitsbehörden bewegten.

Die exzellente Arbeit der Sicherheitsbehörden habe dazu geführt, dass der Täter sehr schnell dingfest gemacht worden sei. Zudem habe ein Datenabgleich zum Erfolg geführt.

Auch wenn eine Vereinheitlichung der Datensysteme der Polizeien sicherlich wünschenswert wäre und im operativen Bereich sicherlich das eine oder andere verbessert werden könnte, sei der von Abgeordneter Vanessa Gronemann soeben erwähnte Umstand darauf zurückzuführen, dass das Bild aufgrund der fehlenden Schärfe, des fehlenden Kontextes und der Vielzahl der vorliegenden Bilder nicht habe zugeordnet werden können. Erst bei der retrograden Suche sei das Bild gefunden worden. Deshalb sei Stephan Ernst nicht als Teilnehmer der seinerzeitigen Sonnenwendfeier identifiziert worden. Das lasse sich im Übrigen im Abschlussbericht des Unter-suchungsausschusses 20/1 gut nachlesen.

Beschluss:

INA 21/31 – 17.09.2025

Der Berichtsantrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts im Innenausschuss als erledigt.

Zu Beginn der Sitzung kam der Ausschuss überein, den Antrag der Antragsteller anzunehmen und den Berichtsantrag in öffent-licher Sitzung zu behandeln.

(einvernehmlich)

Minister Prof. Dr. Roman Poseck sagt die Vorlage weiterer Informationen zu.

(Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 15:50 Uhr –
Weiter mit nicht öffentlichem Teil)

Wiesbaden, 28. Oktober 2025

Protokollführung:

Vorsitz:

Henrik Dransmann

Thomas Hering